

## **SPERRFRIST:**

**1. Mai 2018, Redebeginn**

## **REDE**

Es gilt das gesprochene Wort!

### **Annelie Buntenbach**

Geschäftsführender Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**1. Mai 2018**

Münster

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch ich möchte Euch ganz herzlich begrüßen, ich freue mich, dass Ihr da seid, dass so viele heute hier in Münster und an vielen Orten in der Republik auf der Straße stehen, um für soziale Gerechtigkeit und starke Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu demonstrieren.

Dass wir das sichtbar tun und unüberhörbar, ist dringend nötig - in einem Land, wo der Reichtum einiger Weniger wächst, während Kinder aus armen Familien ohne Chance bleiben, weil in Deutschland Armut und Ausgrenzung immer noch erblich sind. Das ist und bleibt ein Skandal, das muss sich endlich ändern!

Wir haben nach wie vor trotz Mindestlohn, um den wir froh sind, den größten Niedriglohnbereich Westeuropas, hier klemmt jeder Fünfte fest. Oben sprudeln die Gewinne, oft wie bei Apple oder Amazon in Höhe von zig Milliarden an der Steuer vorbei, unten ist am Ende des Geldes immer zu viel Monat übrig. Dabei sind wir es doch, die den Reichtum in diesem Land erwirtschaften - und davon wollen wir unseren Anteil, der uns zusteht! Dafür habt Ihr, haben wir alle gemeinsam, bei den Tarifeinsetzungen in den letzten Monaten gekämpft - in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst, in anderen Branchen - und richtig was erreicht. Klasse, meinen Glückwunsch!

Und den Kolleginnen und Kollegen, die noch mittendrin stecken im Tarifkampf wie im Bauhauptgewerbe, unsere solidarischen Grüße und viel Erfolg! Und nicht vergessen: Ohne die Kollegen vom Bau würde es all die Häuser hier um uns herum gar nicht geben! Die Gewerkschaften werden nicht zusehen, wie sich Reiche immer weiter aus der Verantwortung stehlen, Arbeitgeber aus Tarifverträgen flüchten. Wir werden uns mit dieser Spaltung der Gesellschaft nicht abfinden. Alle sollen an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilhaben können - wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land, Solidarität statt Spaltung!

Davon sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt, auch wenn der neue Gesundheitsminister uns etwas anderes einreden will. Hartz IV ist nicht die deutsche Antwort auf Armut, Herr Spahn, das ist die deutsche Übersetzung! Jeder dritte über 16 hat in Deutschland nicht mal 1000 Euro im Monat zur Verfügung, 4,9 Mio. Menschen müssen beim Essen sparen und haben allenfalls jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit, so das Statistische Bundesamt vor wenigen Wochen. Genau hierhin, zu diesen Menschen, gehört das Geld, das die Reichen nach wie vor jeden Tag in Panama und auf den Caymans verschwinden lassen! Die Regelsätze werden seit Jahren brachial runtergerechnet, da ist kein Statistik-Trick zu billig. Wer angesichts der zahllosen Menschen, die seit Jahren auf die Tafeln und das ehrenamtliche Engagement der Helferinnen und Helfer bitter angewiesen sind, behauptet, da hätte jeder das, was er zum Leben braucht, mit unserem Sozialstaat wäre alles in Ordnung - der hat entweder jeden Bezug zur Lebenswirklichkeit verloren oder ist ideologisch so gefestigt, dass die Wirklichkeit gar nicht interessiert.

Ich finde, das ist keine gute Voraussetzung für hohe politische Ämter...Aber als Gesundheitsminister hat er jetzt ja anderes zu tun - und zwar als erstes einmal die Arbeitnehmer entlasten. Dass ausgerechnet er das machen muss, ist schon ein Treppenwitz, oder? Aber ein lustiger!

Dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung in Zukunft wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden sollen, steht jetzt im Koalitionsvertrag, das ist eine richtig gute Nachricht - und unser Erfolg, da haben wir lange für gestritten. Es muss endlich Schluss sein damit, dass die ganzen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen werden, hier müssen die Arbeitgeber wieder mit in die Verantwortung! Also her mit der Parität, und zwar ohne miese Tricks, Herr Spahn!

Anrede,

Bei der Rente haben wir auch was erreicht, aber die große Auseinandersetzung liegt noch vor uns. Dass der Sinkflug der Rente jetzt gestoppt wird, und zwar per Gesetz, das stünde ganz sicher nicht im Koalitionsvertrag, wenn wir als Gewerkschaften nicht richtig Druck und Kampagne gemacht hätten. Da sieht man: Wir können was bewegen, wenn wir alle an einem Strang ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Aber damit aus dem, was die Koalition vereinbart hat, auch ein Kurswechsel wird hin zur Stärkung der gesetzlichen Rente, werden wir noch viel mehr Druck machen müssen - wir werden dafür sorgen, dass die Rentenkommission, die die Regierung jetzt zusammenholt, nicht die Zukunftsfragen der Rente hinter verschlossenen Türen diskutiert. Das braucht Öffentlichkeit und Transparenz, dafür werden wir sorgen, zusammen mit den Gewerkschaften, mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Wir brauchen eine starke gesetzliche Rente. Auf die sind im Alter die allermeisten von uns angewiesen. Hier müssen die Leistungen stimmen, und zwar über 2025 hinaus. Wer jahrzehntelang geschuftet hat und in die Rentenkasse eingezahlt, muss am Ende auch eine Rente bekommen, von der er oder sie in Würde leben kann.

Das muss für den Krankenpfleger genauso sicher sein wie für die Erzieherin, für die Verkäuferin oder den Schichtarbeiter. Ich finde, in einer Gesellschaft, in der die Herren Winterkorn und Müller als Ex-VW-Vorstände jeweils mit rund 3000 Euro am Tag in den Ruhestand dieseln, ist das doch wohl das Mindeste! Wir brauchen eine starke gesetzliche Rente, gerade im Interesse der jungen Generation - sonst ist die Rente dann, wenn sie sie brauchen, schon Geschichte. Das wird nur funktionieren, wenn Arbeit grundsätzlich wieder sozial abgesichert wird!

Bei Plattformarbeit oder Crowdfunding verschwindet der Arbeitgeber meist im Rauschen des Internets, verdient zwar munter mit, drückt sich aber um seine Pflichten. Aber nicht nur bei der sog. Arbeit der Zukunft - klingt immer so nach schöner neuer Arbeitswelt - versuchen Arbeitgeber an der Sozialversicherung vorbeizukommen.

Minijobs, millionenfach zu finden in der Gebäudereinigung, in der Gastronomie, im Handel, sind für die Frauen eine direkte Rutschbahn in die Altersarmut. Wir müssen alle, von den Minijobberinnen bis zu den Selbständigen in den Schutz der Sozialversicherungen holen, damit machen wir auch die Sozialversicherung fit für die Zukunft!

Anrede,

Die Konjunktur läuft gut, die Arbeitslosigkeit sinkt, das freut mich - aber der Arbeitsmarkt ist nach wie vor tief gespalten, und immer noch stehen fast eine Million Langzeitarbeitslose auf der Straße. Jetzt will die Regierung ein Programm auf den Weg bringen, das Langzeitarbeitslosen den Weg in öffentlich geförderte Beschäftigung eröffnet, endlich! Gut, wenn Arbeit statt Arbeitslosigkeit gefördert wird, aber klar ist auch: Das muss gute Arbeit sein, tariflich bezahlt und sozialversichert. Ein öffentlich geförderter Billiglohnsektor ist mit uns nicht zu machen.

Damit das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein wird, muss dafür das nötige Geld in die Hand genommen werden - übrigens auch für die Jobcenter, die schon seit Jahren unterfinanziert sind. Wir brauchen endlich dieselben Chancen auf Weiterbildung und Unterstützung für Arbeitslose, die beim Jobcenter sind, sonst bleiben sie ewig in Hartz IV kleben! Auch hier brauchen wir mehr soziale Gerechtigkeit, es gibt immer noch zu viele Menschen, die arbeiten und trotzdem so wenig verdienen, dass sie kaum über die Runden kommen. Viel zu viele hängen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Gerade jungen Leuten wird der Einstieg ins Berufsleben schwer gemacht, mit prekären Jobs, wenn eine Befristung auf die andere folgt, bis man dann irgendwann am Arbeitsmarkt richtig Fuß fassen kann.

Bei den unter 25jährigen ist ein Drittel befristet beschäftigt! Für viele von diesen Befristungen muss nicht einmal ein sachlicher Grund auf den Tisch gelegt werden, das ist nichts anderes als eine endlos verlängerte Probezeit. Deshalb ist für uns klar: solche Befristungen gehören abgeschafft und zwar fristlos!

Befristungen, unsichere Beschäftigung, Löcher im Schutzschirm der Arbeitslosenversicherung - all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein Schaden für die Demokratie. Wer fürchten muss, wenn er sich mit dem Chef anlegt, gleich wieder auf der Straße zu stehen und dann womöglich in Hartz IV durchzurutschen, für den oder die ist die Hürde unglaublich hoch, die Zähne auseinandermachen, wenn es um die eigenen Interessen geht oder die der Kollegen.

Der aufrechte Gang darf nicht zur Mutprobe werden, weder im Betrieb noch in der Gesellschaft. Deshalb brauchen wir Regeln im Arbeitsleben, die die Würde der Menschen schützen, wir brauchen starke Betriebs- und Personalräte, und wir brauchen starke Gewerkschaften! Im Moment laufen ja die Betriebsratswahlen - in vielen Betrieben sind sie inzwischen abgeschlossen, in einigen stehen sie noch an. Deshalb will ich die Gelegenheit nutzen, mich bei allen, die sich hier engagieren, ganz herzlich zu bedanken. Ihr seid das Rückgrat der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb, das kann man gar nicht hoch genug schätzen - Euch allen viel Erfolg für die neue Wahlperiode!

Anrede,

Gewerkschaften organisieren Solidarität - in der Gesellschaft, im Betrieb. Die größte Kraft entfalten wir dann, wenn es uns gelingt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenschließen. Und wenn wir verhindern können, dass sie gegeneinander ausgespielt werden, jung gegen alt, einheimische gegen zugewanderte oder geflüchtete, Leiharbeiter gegen Stammbeschäftigte. Hier leisten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter jeden Tag nicht nur im Betrieb großartiges. Solidarität zu organisieren ist umso anspruchsvoller, je gespaltener die Belegschaft und die Gesellschaft ist.

Es gibt Arbeitgeber, die Spaltung systematisch nutzen, wenn z.B. Werkverträge missbraucht werden, um Betriebe regelrecht zu zerlegen. Dabei lassen sie die Tarifbindung auf der Strecke, drängen Gewerkschaften und Betriebsräte raus und drücken systematisch die Löhne. Solchem Schindluder muss der Gesetzgeber jetzt endlich einen Riegel vorschieben!

Die großen privaten Klinikbetreiber Asklepios, Helios und wie sie alle heißen, holen inzwischen aus Werkverträge noch den letzten Winkelzug raus. Inzwischen ist aus einem Krankenhausbetrieb eine unübersichtliche Menge von konzerneigenen Kleinstbetrieben gemacht worden. Für die Rezeption, für den Bettentransport, die Essensanlieferung, das Tablett abräumen, die Geriatrie-Station, die Physiotherapie, die Reinigung usw.

Da bleibt nicht nur die tarifliche Bezahlung auf der Strecke - bei Helios bekommen die Kollegen in der Tochter- oder Enkelgesellschaft bis zu 40% weniger! - sondern auch Betriebsrat und Mitbestimmung. Mit dem Betriebsrat des Krankenhauses, zu dem die ausgegründete Servicegesellschaft früher gehört hat, darf man nicht mal mehr sprechen.

Anrede,

so die Gewinne zu steigern ist unverantwortliche Geschäftemacherei auf den Knochen der Beschäftigten und der Patienten - bei der Gesundheit darf es nicht um den höchsten Profit gehen, sondern um gute Leistungen für alle! Und all die, die jeden Tag in der Pflege eine unglaublich aufreibende Arbeit machen, zerrissen zwischen Stress und Überforderung und dem Lächeln für die Patienten - das auch seine Zeit braucht - all die haben einfach mehr verdient!

Mehr Kolleginnen und Kollegen für die viele Arbeit, mehr Geld, aber auch mehr Wertschätzung, nicht nur im Wahlkampf!

Anrede,

Ähnliche Praktiken wie in den Krankenhauskonzernen erleben wir inzwischen in der Logistik, Postdienstleistung, an den Flughäfen. Bekannter sind die Schweinereien aus der Fleischindustrie - da werden systematisch Kollegen z.B. aus Rumänien oder Bulgarien zu Hause angeworben, bezahlen viel Geld an sog. "Vermittler". Dann schufteten sie hier am Mindestlohn vorbei zu miserabelster Bezahlung mit ewig langen Arbeitszeiten, werden in übersteuerten und abgelegenen Unterkünften untergebracht. Sie sprechen kaum Deutsch und kennen ihre Rechte hier nicht - da geht es vielen Geflüchteten, die jetzt Arbeit suchen, nicht besser – und dann haben sie kaum Chancen, sich zu wehren, oft nicht einmal an ihr Geld zu kommen.

Die DGB-Beratungsstellen von Faire Mobilität, auch die Landesberatungsstellen von Arbeit und Leben, können wenigstens einigen dann doch noch zu ihrem Recht verhelfen. Das ist gut so, aber das ist natürlich kein Ersatz für die neue Ordnung am Arbeitsmarkt in Deutschland und in Europa, die ist überfällig! In diesem Europa steht die Dienstleistungsfreiheit von Unternehmen über allem. Aber zu einem sozialen Europa gehört, dass Arbeitnehmerrechte mindestens genauso viel wert sind!

Und wenn bei Fremdvergaben spätestens in der 5. oder 6. Stufe in der Kette von Subunternehmen - mit Sitz in Slowenien, Kroatien, Rumänien oder wo auch immer – Kollegen um ihren Lohn betrogen werden, nenne ich das nicht Dienstleistungsfreiheit, sondern eine Sauerei. Das muss ein Ende haben! Wir brauchen keine neuen Mauern oder geschlossene Grenzen und Zölle wie im Kaiserreich. Der Weg von Trump, Le Pen und anderen führt komplett in die Irre. Aber was wir brauchen, das sind faire Regeln statt organisiertem Lohn- und Sozialdumping.

Da sollen jetzt über Verbesserungen bei der Entsenderichtlinie, die über das Europäische Parlament auf den Weg gebracht worden sind, einige der übelsten Missstände beseitigt werden. Das muss jetzt auch in der Wirklichkeit ankommen, mit den nötigen Kontrollen.

Absurd ist, dass Transport und Logistik ausgenommen werden sollen - das ist doch kein Sonderwirtschaftsbereich! Ein tschechischer Fahrer hat jetzt mit Erfolg seinen deutschen Mindestlohn eingeklagt - direkt bei der Deutschen Post, für die hatte er nämlich über einen Subunternehmer gearbeitet. Der hatte ihn mit seinem tschechischen Mindestlohn von 450 Euro im Monat abgespeist, weitere 1000 Euro bekam er als Spesen. Als er sich beim Aussteigen aus dem LKW das Bein brach, wurden die Spesen gestrichen und er musste monatelang mit den 450 Euro über die Runden kommen. Vor Gericht hat er Recht bekommen, immerhin! Dass am Wochenende auf den Autobahnraststätten und -Parkplätzen so viele LKW stehen, heißt nichts anderes, als dass die Kollegen in ihren LKW auf der Raststätte leben müssen, weil sie wochenlang nicht nach Hause kommen. Sie hängen ewig lang hinterm Lenkrad - eine Gefährdung für sie und für alle anderen. Und wenn sie krank werden, stehen sie ohne Geld oder Vertrag da. Mit solcher Ausbeutung muss Schluss sein!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, das muss in den Betrieben gelten, auf den Baustellen und auf den Straßen - das sollte in einem sozialen Europa eine Selbstverständlichkeit sein!

Eine Selbstverständlichkeit sollte das auch für Frauen sein - statt immer noch skandalöse 22% weniger muss endlich gelten: gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, eigenständiger Zugang von Frauen zu sozialer Absicherung und nicht weniger, sondern mehr Entscheidungsmöglichkeit über den eigenen Lebensentwurf.



Anrede,

Gewerkschaften organisieren Solidarität, die Spaltung organisieren andere. Die AfD hackt nach Kräften auf den Flüchtlingen herum, auf dem Islam, auf den Gewerkschaften und auf allem, was sie „rot-grün versifft“ findet an dieser Republik. Sie ist sich nicht zu schade, Terroranschläge für sich aufs ekelhafteste zu instrumentalisieren - "Merkels Tote", Ihr erinnert Euch. Oder sie versucht - das habt Ihr gerade erst in Münster erfahren müssen - furchtbare und traurige Ereignisse als Terroranschläge zu labeln, um ihrem hasserfüllten Weltbild Futter zu geben - jenseits aller Realität und jenseits allen Respekts für Hinterbliebene und Verletzte, ihre Familien und Freunde. Bernd Höcke, übrigens in Lünen geboren, ist nicht der einzige extreme Rechte in dem Laden, diese Partei ist ein Sammelbecken für Nazis und Rassisten. Das auch offen zu zeigen hat sie immer weniger Hemmungen. Dass die AfD in den Bundestag hat einziehen können - frei nach Höcke eine Schande im Herzen der Republik - , dazu habt Ihr hier in Münster am allerwenigsten beigetragen, und das ist gut so. Herzlichen Glückwunsch zum schlechtesten AfD-Wahlergebnis der Republik und Euch allen auch ganz persönlich meinen herzlichen Dank!

Aber Münster ist nicht überall. Gerade in ostdeutschen Kommunen, in denen es viel weniger Flüchtlinge gibt, hat die AfD Erfolge, auch in Süddeutschland. Die Gründe für diese Gefälle Ost-West und Süd-Nord sind ganz unterschiedlich, aber klar ist: Die Aufnahme von Geflüchteten und ihre Integration sind keine Selbstläufer. Über Jahre hinweg ist die soziale Infrastruktur kaputt gespart worden und nicht in Schulen oder Personal investiert worden. Das rächt sich jetzt und muss sich dringend ändern! Und niemand hat behauptet, dass Geflüchtete die besseren Menschen wären. Auch da gibt es Konflikte und Gewalt ist Gewalt und muss geahndet werden, gleich wer sie verübt. Die Gewerkschaften setzen sich für die Integration von Geflüchteten ein, gemeinsam mit vielen haupt- und ehrenamtlich engagierten Menschen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Flüchtlingen in Deutschland nicht das Gleiche passiert wie in dem Land, aus dem sie fliehen mussten. Auch deshalb stellen wir uns Rassismus und Menschenverachtung entgegen, in den Betrieben, in den Verwaltungen, in der Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen Organisationen und Initiativen kämpfen wir für Respekt und Menschenwürde, die für alle gilt! Dafür werden wir, fürchte ich, noch Anlässe genug haben, wenn der neue Heimat-Horst den bayerischen Weg auf der Bundesebene gehen will - mit weiteren Einschränkungen beim Familiennachzug und den sog. Ankunftscentren, in denen Geflüchtete ohne Sprachkurs und Zugang zum Arbeitsmarkt festgehalten werden sollen.

Da hätte ich einen anderen Vorschlag für den Heimatminister: Die Probleme endlich anpacken, die den Menschen richtig große Sorgen machen. Da steht ganz oben: in Wohnungsbau investieren, von dem nicht nur die Spekulanten profitieren. Wir brauchen sozialen Wohnungsbau, bezahlbare Wohnungen für alle! Wenn man hier richtig was hinbekommen würde, würde man der AfD erheblich mehr Wähler abnehmen, als wenn man genau wie sie auf den Geflüchteten herumhackt!

Anrede,

Auch wenn die AfD, seit sie die sogenannten „kleinen Leute“ als Zielgruppe ausgemacht hat, versucht, bei diesem Publikum mit einigen wohlklingenden Allgemeinplätzen zu punkten: Sozial ist an dieser Partei gar nichts. Ein Beispiel:

In ihrem Grundsatzprogramm steht, sie wollen die Arbeitslosenversicherung abschaffen, im Bundestagswahlprogramm finden sie die Hartz-Reformen im Grundsatz ok, und auf Kundgebungen geißeln ihre Spitzenfunktionäre Hartz IV mit starken Worten.

Also was jetzt? Sie wollen eine Steuer- und Abgabenbremse, keine Erbschaftssteuer, keine Vermögenssteuer - und auf jeden Fall den Reichen noch mehr Geld hinterherwerfen. Außerdem: Alice Weidel, Unternehmensberaterin, ist als Heldin der Arbeiterklasse genauso eine krasse Fehlbesetzung wie Alexander Gauland, Wirtschaftsliberaler und chronisch beleidigt. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich über ihre braunen oder blauen Hemden noch ein soziales Mäntelchen hängen. Da gilt: Klare Kante in der Auseinandersetzung mit dieser Partei - im Betrieb, in der Gesellschaft, auf der Straße!

Anrede,

Lasst mich zum Schluss noch ein für uns alle wichtiges Thema ansprechen, die Arbeitszeit. Immer öfter schwappt die Arbeit in den Feierabend, ins Wochenende, in den Urlaub. Der Stress steigt, immer mehr muss in derselben Zeit erledigt werden, es gibt 800 Mio. unbezahlte Überstunden jedes Jahr. Arbeitgeber erwarten Verfügbarkeit rund um die Uhr. Und was wir erwarten, ist ihnen erstmal egal. Ob Kinder oder keine, wie Familie und berufliche Entwicklung besser miteinander besser vereinbart werden können – dafür brauchen wir mehr Souveränität bei der Arbeitszeit.

Heute bleiben viele Frauen im Minijob oder in der Teilzeitfalle stecken. Das zu ändern hat sich die neue Regierung vorgenommen, nachdem die letzte es nicht hinbekommen hatte - das Recht, aus befristeter Teilzeit wieder in Vollzeit zurückzukehren, soll jetzt kommen. Das muss ohne tausend bürokratische Hürden ins Gesetzblatt, wir brauchen dieses Recht für alle!

Gewerkschaften sind bei der Arbeitszeitfrage ganz vorne an. Mit dem Tarifvertrag, den die IG Metall erkämpft hat, habt Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur wirklich gute Regelungen für die Betroffenen durchsetzen können, sondern auch viele gesellschaftliche Diskussionen und Rückenwind geschafft. Auch die Eisenbahner, die IG BCE und nicht zuletzt ver.di haben in Tarifverträgen spannende Punkte in Sachen Arbeitszeit setzen können, das ist gut so. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen mehr Möglichkeiten, über Dauer und Lage ihrer Arbeitszeit zu entscheiden, das zeigen alle Beschäftigtenbefragungen. Da geht es um Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Weiterbildung, um mehr klare Perspektive und um den Schutz der Gesundheit. Was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wollen, ist noch mehr Druck und Hetze, die hat in den letzten Jahren schon viel zu sehr zugenommen. Trotzdem drängen die Arbeitgeber die Politik, die Axt an das Arbeitszeitgesetz zu legen.

Aber mit der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen treibt man kein Schindluder und da macht man auch keine Experimente. Wir brauchen eine tägliche Höchstarbeitszeit, und wir brauchen Ruhezeiten ohne Unterbrechung. Darum haben wir eine glasklare Botschaft an die Arbeitgeber und an die Politik: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!

Anrede,

Mischen wir uns ein für mehr Demokratie, für Solidarität und Vielfalt, dafür, dass alle an dieser Gesellschaft auf Augenhöhe teilhaben können! Es gibt viel zu tun, da sind starke Gewerkschaften gefragt!